

## **Debatte über Abschiebungen in Rheinland-Pfalz: Der Fall Solingen im Fokus**

Erfahren Sie, warum in Rheinland-Pfalz 662 Abschiebungen scheiterten, und welche Herausforderungen die Politik dabei sieht.

Die Debatte um Abschiebungen in Rheinland-Pfalz hat an Fahrt aufgenommen, insbesondere nach dem tragischen Attentat in Solingen. Während im vergangenen Jahr lediglich 629 Personen erfolgreich abgeschoben wurden, schlugen 662 geplante Abschiebungen sowie sogenannte Dublin-Überstellungen fehl. Diese Zahlen wurden vom Integrationsministerium veröffentlicht und werfen ein Schlaglicht auf die Herausforderungen, vor denen die Behörden stehen.

Die Gründe dafür, dass viele Abschiebungen nicht vollzogen werden können, sind vielschichtig. Manche betroffene Personen sind schlichtweg nicht aufzufinden, während andere aktiv Widerstand leisten oder wegen gesundheitlicher Probleme nicht abgeschoben werden können. Besonders erschwerend ist die Situation, wenn Menschen ohne gültige Papiere versuchen, ihrer Identität zu entgehen, was die Rückführung weiter verkompliziert.

### **Der Blick auf die Abschiebekriterien**

In Deutschland haben Menschen das Recht zu bleiben, wenn ihre Herkunftsländer als unsicher gelten. Diese Personen können durch den Asylprozess Schutz erhalten oder, wenn sie sich ausreichend integriert haben, eine Duldung oder ein Bleiberecht

erlangen. Duldung bedeutet, dass diese Personen trotz einer Ablehnung ihres Asylantrags nicht abgeschoben werden, meist aufgrund von Integration, etwa durch Deutschkurse und einen gesicherten Arbeitsplatz.

Die Verantwortlichen für Abschiebungen sind im Wesentlichen die Bundesländer, die oft in Zusammenarbeit mit der Polizei agieren müssen. Leider können auch viele Abschiebungen scheitern, wenn der Betroffene am Tag der geplanten Rückführung nicht angetroffen werden kann. Dies geschah auch beim mutmaßlichen Täter aus Solingen, der gemäß dem Dublin-Abkommen nach Bulgarien abgeschoben werden sollte.

## **Ministerpräsident Schweitzer äußert sich zur Lage**

Ministerpräsident Alexander Schweitzer (SPD) hat betont, dass politische Lösungen in Diskussionen um Migranten nicht immer umsetzbar sind. Er kritisierte die Forderung, keine Flüchtlinge mehr aus Syrien und Afghanistan aufzunehmen, und stellte fest, dass solche Forderungen oft keine juristische Grundlage haben. Abschiebungen in Krisenländer wie Syrien und Afghanistan sind aufgrund der fehlenden Dialogbereitschaft zwischen den deutschen Behörden und diesen Ländern sehr herausfordernd.

Ein zentrales Problem bleibt auch die Dokumentation der Identität von Abzuschiebenden. Häufig fehlt es an gültigen Reisedokumenten, was die Organisation von Rückführungen extrem erschwert. Laut der Landrätin von Bad Kreuznach sind unter den Menschen, die ausreisen müssten, viele Dublin-Fälle, die aufgrund mangelnder Rücknahmebereitschaft der zuständigen Länder wie Italien und Griechenland nicht umgesetzt werden können.

Wenn Menschen in Deutschland ausreisepflichtig sind, müssen sie das Land innerhalb kurzer Zeit verlassen. Oft bleibt den Betroffenen eine Frist, innerhalb der sie freiwillig ausreisen können. Im letzten Jahr gab es rund 332 geförderte freiwillige

Ausreisen. Andernfalls steht die Landesregierung in der Pflicht, die Rückführung zu organisieren.

Aktuelle Regelungen zur Sicherung von Abschiebungen werden ebenfalls verschärft; so ist es seit Jahresbeginn möglich, Personen bis zu 28 Tage in Ausreisegewahrsam zu nehmen. Dies kann angewendet werden, wenn die Frist abgelaufen ist oder wenn jemand falsche Angaben zu seiner Identität macht. Falls Fluchtgefahr besteht, kann sogar eine Sicherungshaft angeordnet werden, die bis zu 18 Monate dauern kann.

Diese Situation zeigt, wie komplex und herausfordernd die Fragen rund um Abschiebungen in Deutschland sind. Es ist von essenzieller Bedeutung, dass sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen als auch die praktischen Aspekte einer soliden Verwaltung der Asylverfahren und der damit verbundenen Abschiebungen weiterentwickelt werden. Die politischen und rechtlichen Diskurse müssen realistische und umsetzbare Lösungen anstreben, um die Vielzahl der Einzelfälle gezielt zu berücksichtigen und anwaltlich zu unterstützen.

## **Herausforderungen im Abschiebeverfahren**

Das Abschiebeverfahren in Deutschland steht vor zahlreichen Herausforderungen, die nicht nur die Behörden, sondern auch die betroffenen Menschen belasten. Ein zentrales Problem ist die Identitätsfeststellung. Viele Personen fliehen aus ihren Heimatländern und haben oft keine gültigen Ausweisdokumente dabei. Ohne diese Dokumente gestaltet sich die Rückführung in das Herkunftsland als äußerst kompliziert, da die deutschen Behörden auf die Kooperation der jeweiligen Staaten angewiesen sind. Vor allem in Fällen von politischer Verfolgung oder Kriegsnotlagen ist die Ausstellung von Reisepässen durch die Botschaften häufig nicht gesichert.

Ein weiteres Hindernis sind die rechtlichen Rahmenbedingungen, die sich in den letzten Jahren stark verändert haben. So gibt es unterschiedliche Regelungen für die

verschiedenen Bundesländer, die den Vollzug der Abschiebungen beeinflussen. In Rheinland-Pfalz lautet die Vorgabe beispielsweise, dass Asylverfahren schneller ablaufen, was im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Hessen eine positive Entwicklung darstellt. Dennoch bleiben einige Verfahren aufgrund von Klagen über mehrere Monate oder sogar Jahre ungelöst.

## **Statistische Trends in der Migration**

Die Migration nach Deutschland hat in den letzten Jahren signifikante Schwankungen erlebt, beeinflusst durch geopolitische Ruhestörungen und humanitäre Krisen. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gab es 2022 insgesamt 203.700 Asylanträge in Deutschland, was einem leichten Rückgang von 14 Prozent im Vergleich zu 2021 entspricht. Diese Zahl verdeutlicht die volatile Lage, in der sich viele Migranten befinden, und die Herausforderungen, die sich aus diesen Bewegungen ableiten.

Jahr	Anzahl der Asylanträge
2020	122.500
2021	238.000
2022	203.700

Zusätzlich zeigen Studien, dass viele Flüchtlinge sich einer langen und unsicheren Asylverfahren unterziehen müssen, was in vielen Fällen zu psychischen Belastungen führt. Etwa 45 Prozent der Asylsuchenden geben an, unter Stress und Angst zu leiden, was die Komplexität der Situation weiter verstärkt und die Integrationsbemühungen erschwert.

## **Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen**

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) spielen eine entscheidende Rolle in der Unterstützung von Asylbewerbern

und Menschen mit Duldung. Sie bieten rechtliche Beratung, Integrationshilfen und psychologische Unterstützung. Organisationen wie die **Pro Asyl** setzen sich aktiv für die Rechte der Geflüchteten ein und kämpfen gegen unmenschliche Bedingungen in Asylverfahren. Sie dokumentieren Fälle von Missbrauch, Unterstützungslosigkeit und versuchen Abschiebungen.

Die Arbeit von NGOs ist besonders relevant, da auch sie zur gesellschaftlichen Aufklärung beitragen. Sie sensibilisieren die Öffentlichkeit für die häufigsten Missverständnisse über Migration und zeigen die menschlichen Geschichten hinter den Zahlen und Statistiken auf. Diese Organisationen tragen zur Schaffung eines besseren Verständnisses zwischen den Migranten und der einheimischen Bevölkerung bei und fördern ein respektvolles Miteinander.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**